

Europas Außen- und Sicherheitspolitische Rolle im Wandel

Dr. Sebastian Harnisch, Universität Trier

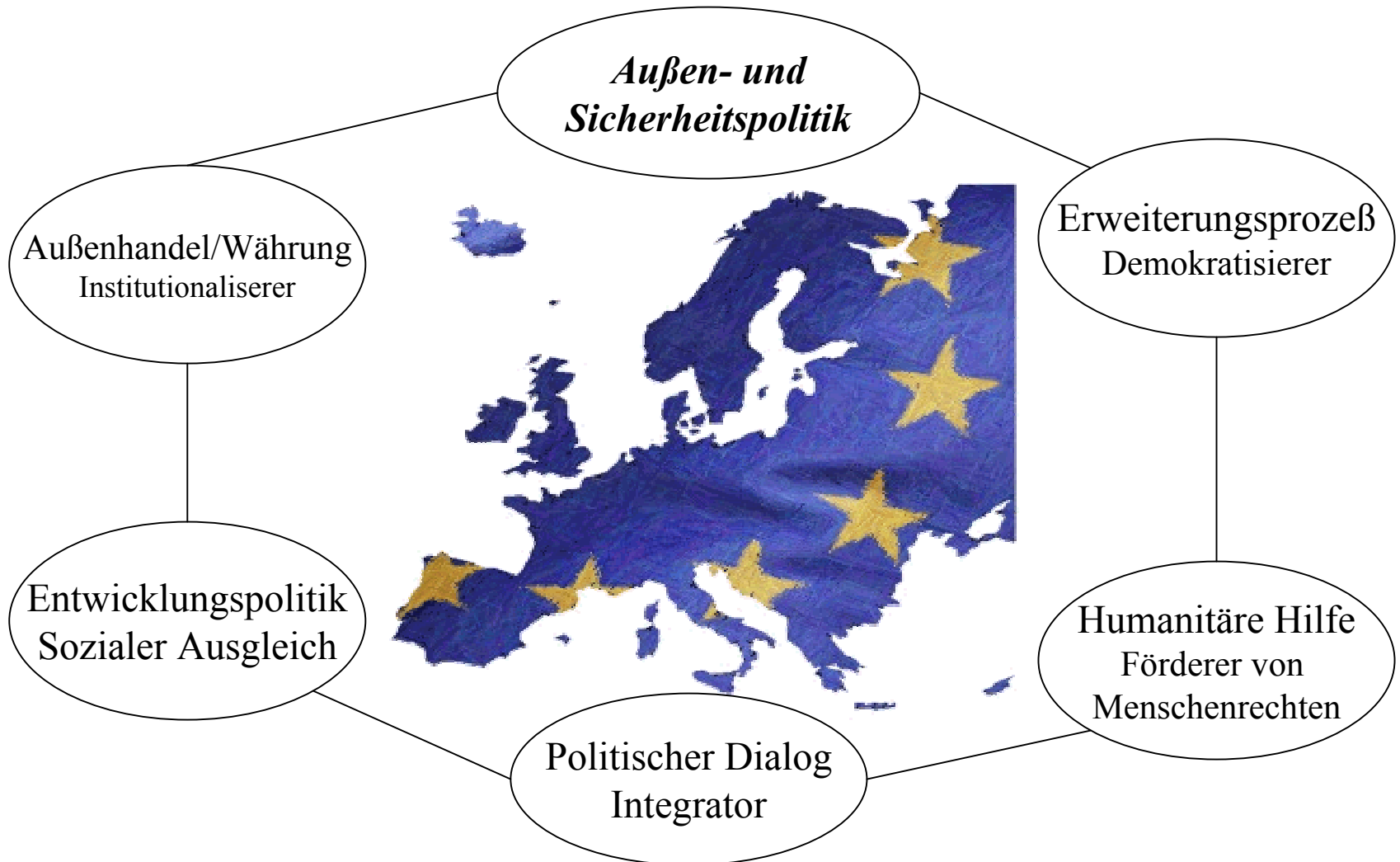
- Vorbemerkungen
- Von der EPZ zur GASP:
 - Den Haag bis EEA
 - Maastricht und dt. Einigung
 - Amsterdam und die Jugoslawienkriege
- Von der GASP zur GESVP :
 - Nizza und der Kosovokrieg
 - Der 11. September und seine Folgen
- Die GESVP
 - Interessenwandel
 - Institutionenwandel
 - Erwartungen Drittstaaten
- Ausblick



Die Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik: Prisma der europäischen Politik

- Frühes Scheitern in den 1950er Jahren behindert Wachstum bis in 1970er
- Wachstum der Europäischen Rollen in der Außenpolitik ist mit interner Integrationsdynamik und internationalen Anforderungen verbunden
- Internationale Krisen als Katalysatoren für institutionelle Entwicklung der 1990er Jahre
- Zweifacher Rollenwandlungsprozeß:
 - Veränderung der innereuropäischen Erwartungen
 - Veränderung der internationalen Erwartungen

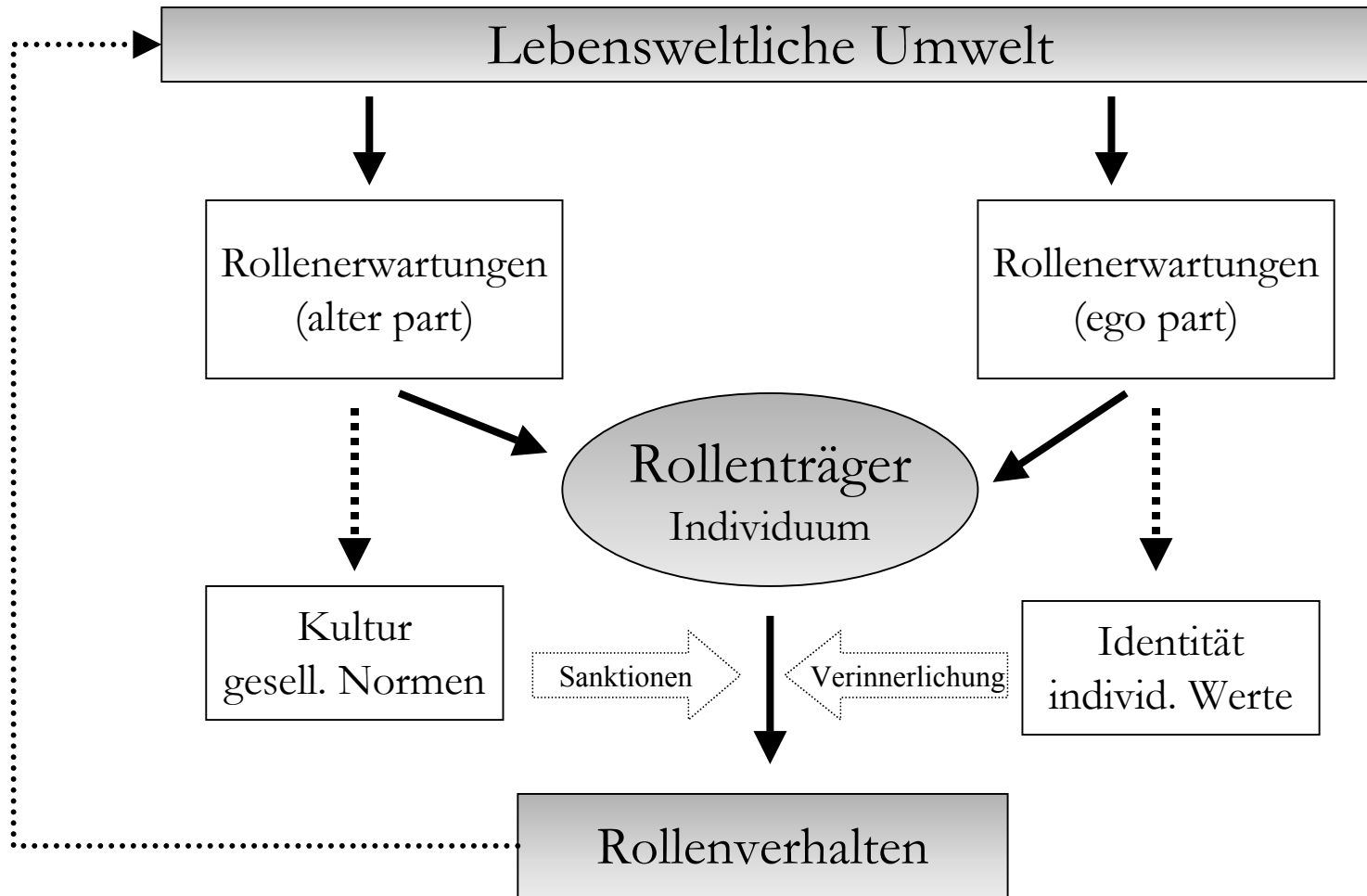
Europas Rollen in der Welt



Prämissen der Rollentheorie in der Außenpolitikanalyse

1. Kollektive bilden in Räumen verdichteter sozialer Interaktion Rollen aus
2. Rollen prägen als soziale Konstruktionen Wahrnehmung und Verhalten von Akteuren
3. AP-Rollen können als fester Satz kognitiver Überzeugungen über das Wesen des Politischen verstanden werden
4. Rollen bestehen aus einem Ego- und einem Alter-part

Rollentheorie und Außenpolitikanalyse



Von der EPZ zur GASP

Historische Entwicklung der Europäischen
Außen- und Sicherheitspolitik 1970-1992

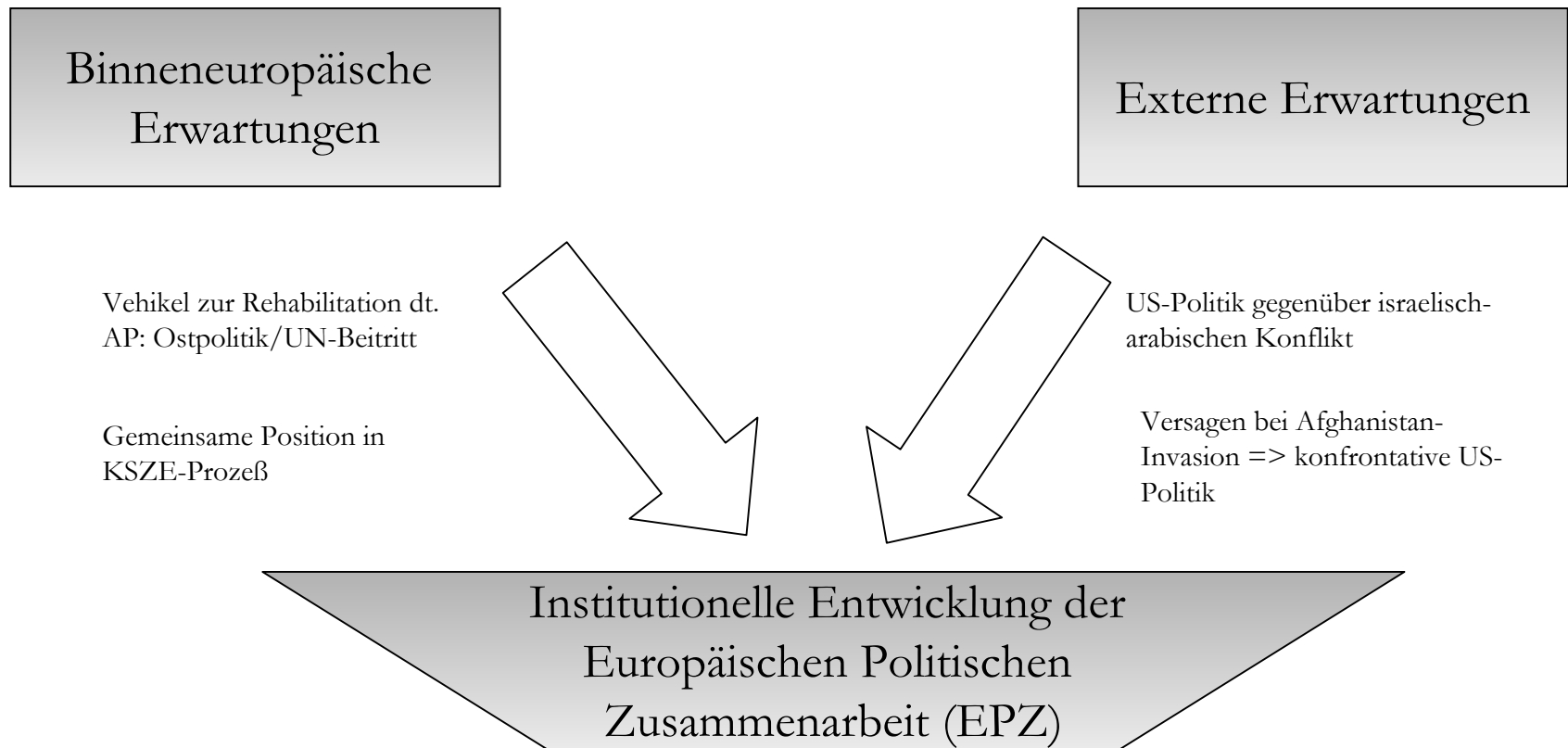
Kleine Geschichte der Europäischen AP

Initiativen

auslösende Faktoren

- 1952: frz. EVG-Initiative
 - 1957: Röm. Verträge
 - 1961: frz. Fouchet-Pläne
 - 1969: Gipfel von Den Haag
- Korea-Krieg: Einbindung eines wiederbewaffneten Deutschland => WEU/NATO
 - EWG als wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Akteur => Lomé-Abkommen
 - Einflussgewinn EWG-Kommission; Atlantic Partnership => dt.-frz. Vertrag
 - Dt.-Ostpolitik; US-Zentrierung auf Vietnam; Balance von EWU

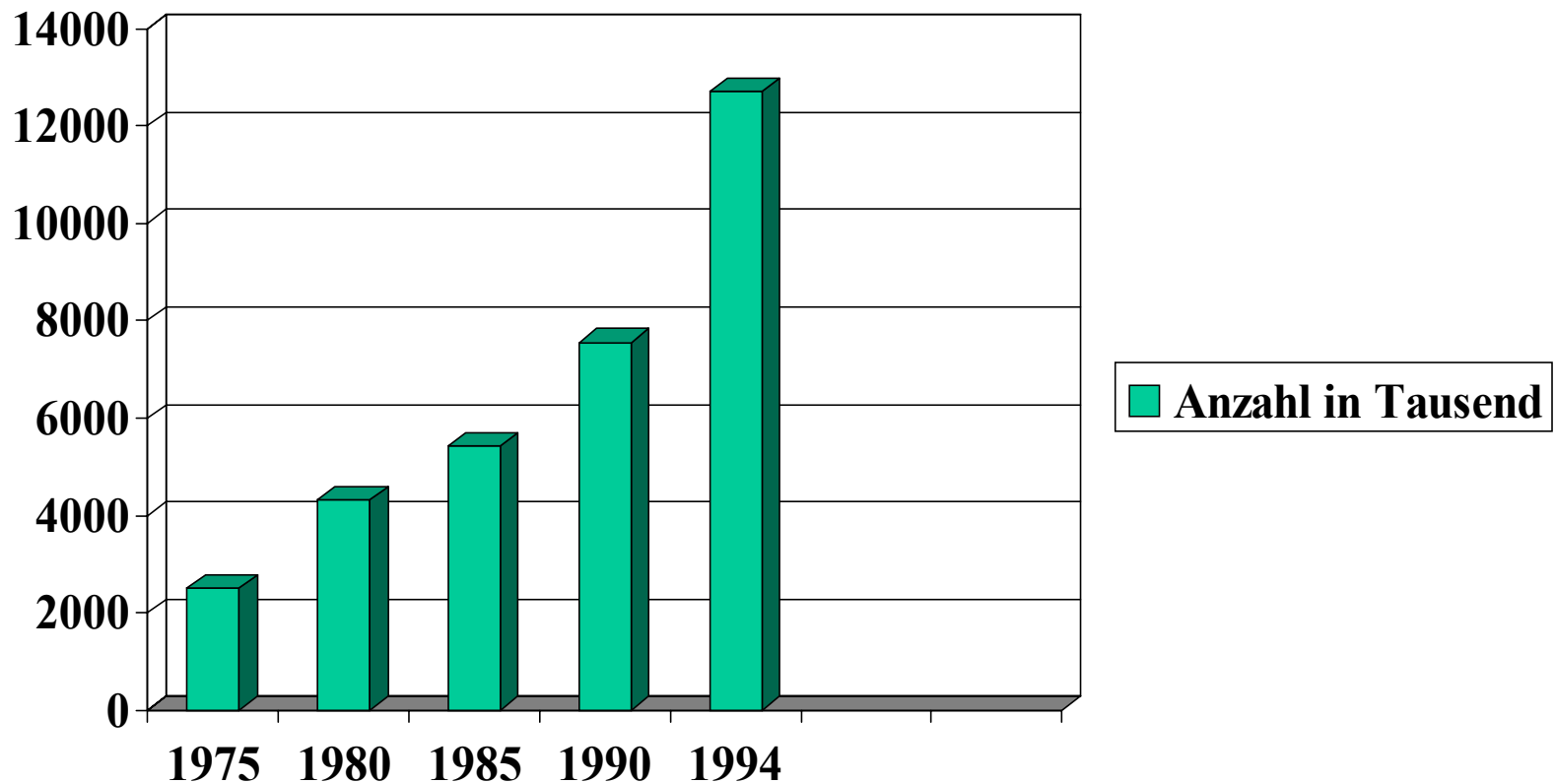
Zentrale Faktoren für die Entwicklung der EPZ 1970-1986



Institutionelle Entwicklung der EPZ I

<i>Ereignis</i>	<i>Ziele</i>	<i>Prozesse</i>	<i>Instrumente</i>
Den Haager Gipfel 1969	Beginn politischer Kooperation	Erstellung eines Berichts über Kooperation	
Luxemburger Bericht 1970	Gem. Willen der Union formulieren Wachsenden int. Verpflichtungen nachkommen Abgleich mit Wirtschaftspolitik Graduell gem. Agieren bei Einverständnis	Regelmäßiger Informationsaustausch Koordination von Positionen 2 x AM-Treffen 4 x Treffen der Pol. Direktoren Treffen in Hauptstädten	Gemeinsame Positionen
Kopenhagener Bericht 1973	Als eigenständiger Akteur in Weltpolitik handeln Gem. Position aktiv durch Konsultationen anstreben	Häufigere AM-Treffen Rolle des Vorsitzes aufgewertet Korrespondentengruppe gefestigt Arbeitsgruppen etabliert COREU-Telexnetzwerk installiert	Politischer Dialog
Londoner Bericht 1981	EPZ-Ziel jetzt gem. Aktionen Koordination bei politischen Aspekten der Sicherheit	Gestärkte Rolle des Vorsitzes TROIKA-Sekretariat bestätigt volle Assoziierung der Kommission	Sanktionen, Handel, Entwicklungshilfe

Zahl der über das COREU-Telexnetzwerk verschickten Meldungen der EG-Außenministerien 1973-1994



Institutionelle Entwicklung der EPZ II

<i>Ereignis</i>	<i>Ziele</i>	<i>Prozesse</i>	<i>Instrumente</i>
Erklärung zur Europäischen Union (Stuttgart) 1983	größere Kohärenz/Koordinierung zwischen EPZ und EG Erwägung wirtschaftlicher Aspekte	Europäischer Rat gibt Leitlinien für EG und EPZ Jede Präsidentschaft gibt Bericht an Europäisches Parlament ab	Sanktionen, Handel, Entwicklungshilfe
Einheitliche Europäische Akte 1986	Transformation der Beziehungen in eine Europäischen Union Konsistenz und Solidarität führen dorthin Reduktion der Differenzen zwischen EG u. EPZ Vertragsüberprüfung 1993	Vertragliche Basis für EPZ Gemeinsame Aktionen durch Information/Konsultation Etablierung eines EPZ-Sekretariats Entscheidung durch Konsens (ohne Missbrauch der Konsensregel)	Wirtschaftliche und politische Instrumente

Die Europäische Politische Zusammenarbeit

Probleme

- Fehlende Kontinuität durch halbjährliche Rotation
- Mangelnde (externe) Autorität der Troika
- Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedsstaaten

Bewertung

- Erfolge:
 - Bündelung der MS-Politiken im KSZE-Prozeß
 - Einheitliche Position im Nahost-Konflikt
- Mißerfolge:
 - Späte Reaktion in Afghanistan
 - Halbherzige Position in Falklandkonflikt
 - Überforderung im Golfkrieg

Von der GASP zur GESVP

Historische Entwicklung der Europäischen
Außen- und Sicherheitspolitik 1992-2002

Die drei Säulen der EU (Maastrichter Vertrag)

Europäische Union

Europäische Gemeinschaft

*Zollunion,
Binnenmarkt,
Gemeinsame
Agrarpolitik,
Umweltpolitik,
Wirtschafts-
und
Währungsunion
, Visa, Asyl,
Einwanderung*

Gemeinsame
Außen- und
Sicherheitspolitik

Zusammenarbeit
Innen- und
Justizpolitik

Zentrale Faktoren für die Entwicklung der GASP 1993-1999

Binneneuropäische Erwartungen

Vehikel zur Einbindung des
wiedervereinigten Deutschland

Vehikel zur Lösung int. Krisen:
Golf, Jugoslawien

Differenzen über supranationale oder
intergouvernementale Ausgestaltung

Externe Erwartungen

US-Jugoslawienpolitik basiert auf
„Europe-first“ Ansatz

MOE-Staaten fordern
Unterstützung bei Transformation

Japanische Balkanhilfe führt zu
Forderung nach EU-Engagement auf
koreanischer Halbinsel

Institutionelle Entwicklung der
Gemeinsamen Außen- und
Sicherheitspolitik (GASP)

Institutionelle Entwicklung der GASP/GESVP

<i>Ereignis</i>	<i>Ziele</i>	<i>Prozesse</i>	<i>Instrumente</i>
Vertrag über Europäische Union – Maastricht (1993)	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik etabliert GASP ist Unions- und nicht Gemeinschaftsaufgabe Instrumente der GASP und EG kombiniert aber durch Säulenstruktur institutionell getrennt Vertragsüberprüfung 1996 Auslagerung von Verteidigung an WEU	Zusammenlegung von Rat u. EPZ Zusammenlegung EPZ- u. Ratssekretariat DG A und Kommissar für Auswärtige Politische Angelegenheiten Direkte Anbindung von COREPER Mehrheitsabstimmungen möglich Alle Sitzungen in Brüssel Synchronisation mit WEU	Gemeinsame Aktionen (nicht nur Positionen) Gem. Aktionen in allen Feldern (außer Verteidigung) Anfrageoption an WEU
Vertrag über Europäische Union – Amsterdam (1997)	Bekräftigung der EU-V(M) Ziele Ausweitung von Funktionen um Petersberger Aufgaben Schutz von Außengrenzen	Gemeinsame Strategien (Art. 13, 2) Hoher Vertreter der GASP (J. Solana) Neue Troika Position der Sonderbeauftragten	Leitlinien Gemeinsame Strategien Instrument der „konstruktiven Enthaltung“ schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik (WEU-Integration)
Vertrag über Europäische Union – Nizza (2003?)	Bekräftigung der Ziele von Amsterdam Bisher keine Integration von Art. 5 WEU-Vertrag	Schaffung von PSK, Militärausschuss und Militärstab; PSK kann politische Kontrolle u. strategische Leitung von Operationen für Rat übernehmen (Art. 25 EUV-N)	„Verstärkte Zusammenarbeit in GASP“ Nationale Beiträge zur RRF Nationale Beiträge zur EU-Polizeitruppe

Die Genese der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP) I

- April 1998: NATO-Gipfel Washington
 - Formale Etablierung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI)
- Oktober 1998: inoffizielles GAC-Treffen in Pörschach
- Dezember 1998: Frz.-brit. Gipfel in St. Malo:
 - Blair gibt Widerstand gegen eigenständige Europäische Verteidigungspolitik auf
- Juni 1999: Gipfel von Köln:
 - Kosovo-Waffenstillstand
 - Benennung Javier Solanas => Ausbau europäischer militärischer Kapazitäten
- November 1999: WEU-Ministertreffen in Luxemburg
 - Erhebung nationaler Beiträgen

Die Genese der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP) II

- Dezember 1999: EU-Gipfel in Helsinki:
 - Zwei Berichte: Zivile und militärische Komponenten der neu etablierten „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP)
 - Formulierung von militärischen „headline goals“: 60.000 Mann RRF innerhalb von 60 Tagen für ein Jahr einsetzbar
 - Schaffung militärische und ziviler Planungskapazitäten
- Februar 2000: AM-Treffen in Sintra
 - Political Security Committee (ab 1. März 2000 operational)
 - Military Committee (ab 1. März 2000 operational)
 - Military Staff (ab 1. März 2000 operational)
- Juni 2000: Gipfel von Feira
 - Headline goals für zivile Komponente
 - Koordinationsstrukturen für EU-NATO
 - Partizipationsbedingungen für Nicht-EU NATO Mitglieder und Beitrittsländer

Die Genese der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP) III

- November 2000: WEU-Ministertreffen in Marseille
 - WEU verliert alle operativen Funktionen an EU, besteht als Organisation weiter
- November 2000: „Force Generation Conference“
 - 80.000 Mann; 350 Flugzeuge; 80 Schiffe
- Dezember 2000 : EU-Gipfel von Nizza
 - Vertragsrevision: WEU entfernt; Politisches Komitee umbenannt
- Juni 2001: Gipfel von Göteborg -Ausbau der zivilen Aspekte
 - Beiträge von Nicht-EU Staaten zu zivilen EU-Missionen
 - EU-Kooperation mit Internationalen Organisationen
 - Konkrete Zieldefinition für zivile Kapazitäten
 - Ausführungsbestimmungen zum Ausbau ziviler Kapazitäten

Die Genese der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP) IV

- Dezember 2001: Gipfel von Laeken
 - EU-Reaktion auf die Anschläge des 11. September
 - Erklärung über partielle operative Ressourcen
- Januar 2002: Erklärung der Spanischen Präsidentschaft
 - Etablierung eines EU-Verteidigungsministerrates
 - Übernahme der UN-Mission in Bosnien-Herzegowina (2003)
- Februar 2002: informelles EU-VM-Treffen in Zaragoza
 - Übernahme der NATO-Mission in Mazedonien (Herbst 2002)

Nizza Präsidentschaftsbericht über GESVP: Stärkung der zivilen Komponente

- Prioritäten:
 - Stärkung von Polizeikräften
 - Festigung eines unabhängigen Rechtsstaates
 - Stärkung der Zivilverwaltung
 - Katastrophenschutz
- Ressourcen:
 - Ausschuss für nichtmilitärische Fragen im Rat
 - 5.000 Mann Polizeikräfte (1.000 innerhalb von 30 Tagen einsetzbar)

Die GESVP: Eine Bestandsaufnahme

Interessen, Institutionen und
Erwartungen Dritter

Der Wandel der innereuropäischen Interessendefinitionen

- **EPZ 1971:**

- Domaine reserve: Frankreich ⇔ Afrika; Griechenland ⇔ Türkei; Großbritannien ⇔ Irland
- Zivile Normen: Diplomatie versus Zwang; Vermittlung versus Gewalt
- Demokratie; Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft; Menschenrechte

- **GASP/Maastricht 1991:**

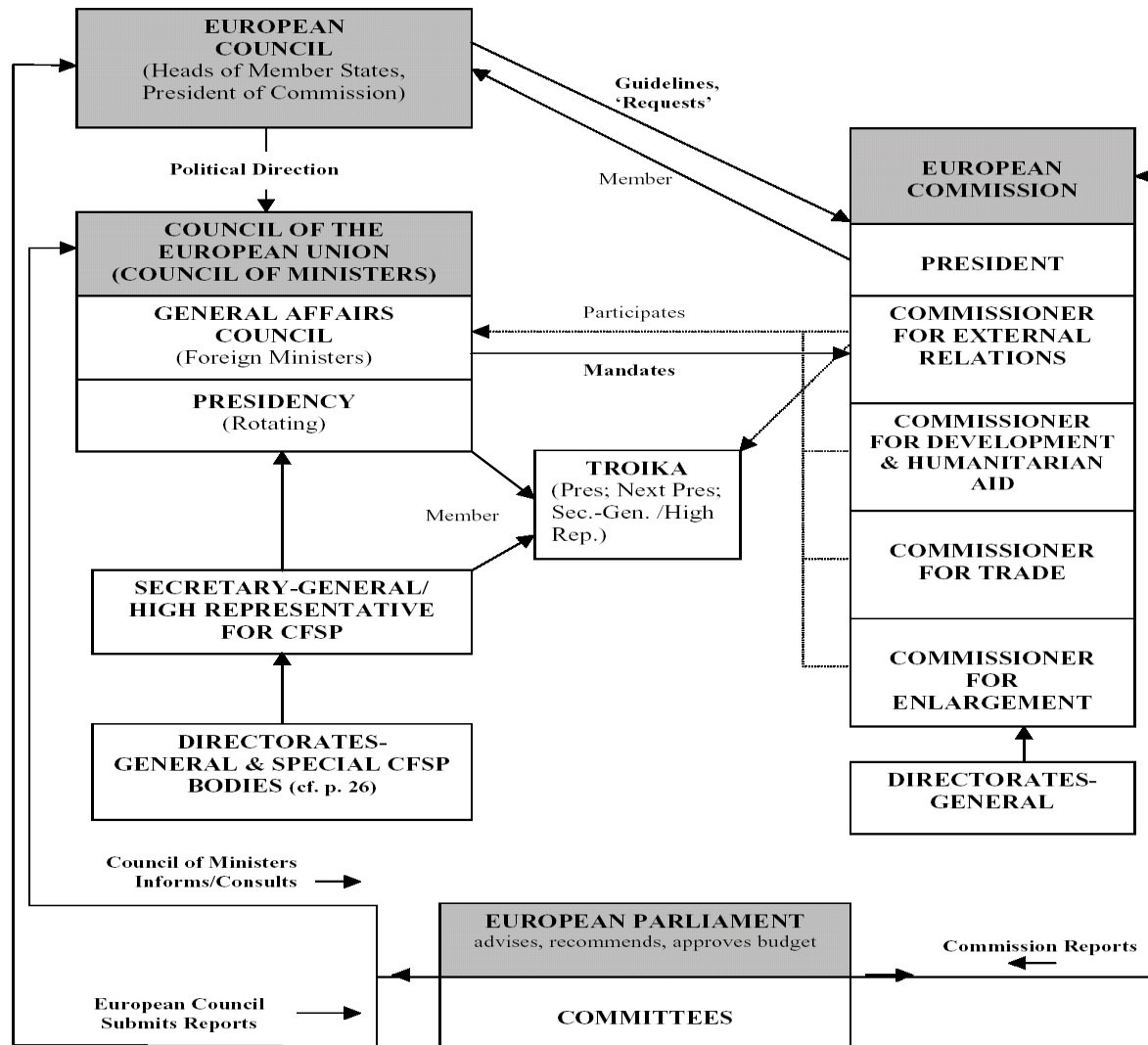
- Schutz gemeinsamer Werte, Interessen und Unabhängigkeit
- Schutz der Sicherheit der Mitglieder mit allen Mitteln
- Erhalt des int. Friedens und Stärkung int. Sicherheit
- Stärkung int. Zusammenarbeit
- Entwicklung und Konsolidierung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte

Der Wandel der innereuropäischen Interessendefinitionen

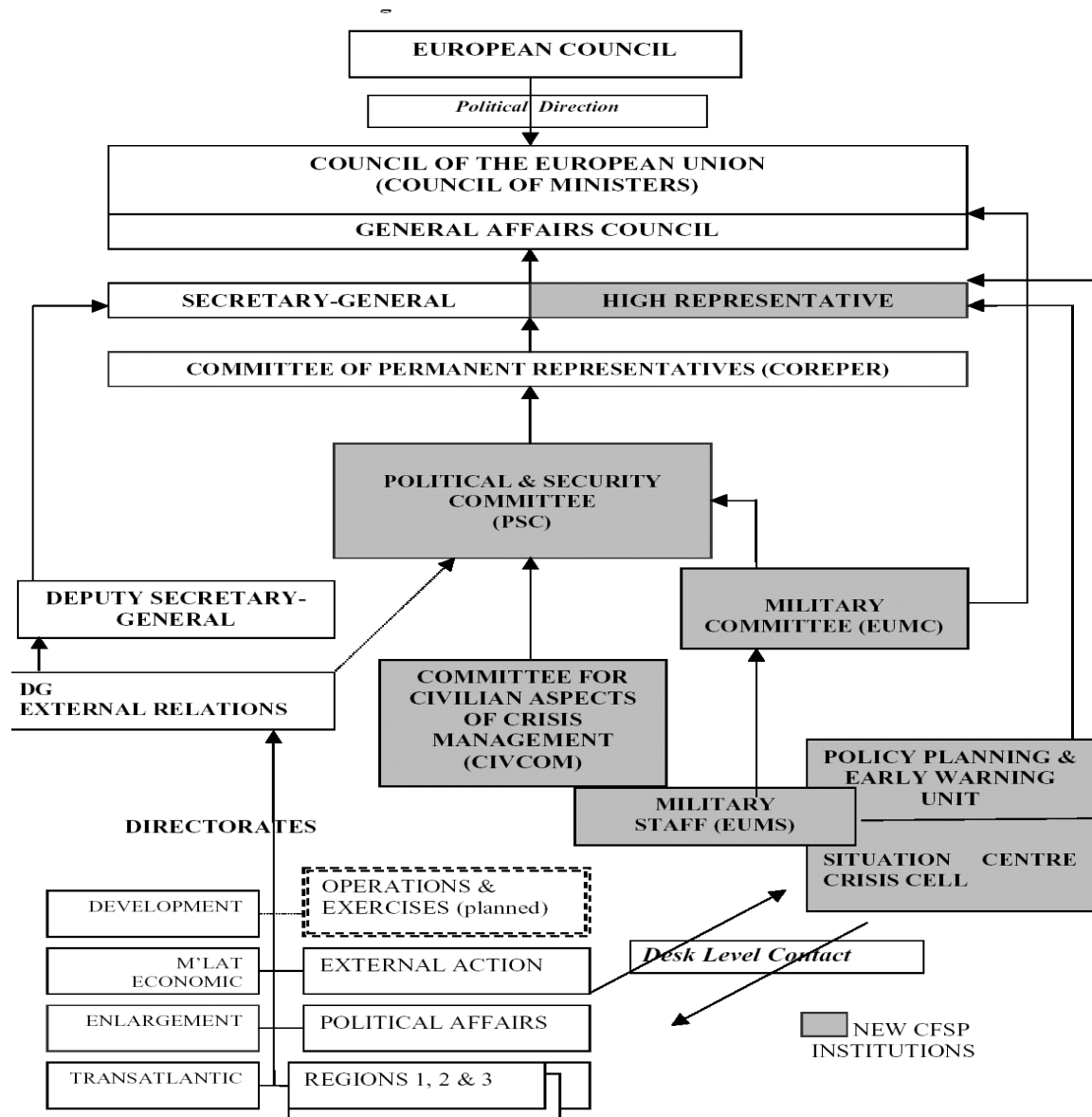
II

- **GASP/Lissaboner Gipfel 1992:**
 - Geographische Nähe
 - Wirtschaftliche und Sicherheitspolitische Interessen an Stabilität der Region
 - Bedrohung existentieller Interessen der Union
 - Felder gemeinsamen Handelns:
 - Stärkung demokratischer Prinzipien/Institutionen
 - Unterstützung regionaler Kooperation/Integration
 - Unterstützung int. Katastrophenhilfe
 - Stärkung der int. Kooperation gegen Proliferation/Terrorismus/Drogehandel
- **GASP/Amsterdamer Gipfel 1996:**
 - Bekräftigung der Maastrichter Interessen
 - Erhalt des int. Friedens und Stärkung int. Sicherheit durch Schutz von Außengrenzen
 - Integration von Petersberg-Aufgaben:
 - Humanitäre Hilfe/Rettungsaktionen
 - Friedenserhaltende Maßnahmen
 - Friedenssichernde und -schaffende Maßnahmen

EU-Institutionen im außenpolitischen Prozess



Außen- und Sicherheitspolitische Institutionen im Europäischen Rat



Die Erwartungen wichtiger Partnerstaaten/Regionen (USA, Mittelost-Europa; Rußland, NMO)

- **USA:**

- Haltung Clinton-Administration:
„three D's“
 - avoid decoupling,
 - avoid duplication,
 - avoid discrimination;
- WEU/EU kann NATO-Ressourcen nutzen (Berlin/Brussels Compromise 1996)
- Positive Haltung unter Bush jr. abgeschwächt
 - Abzugsbestrebungen vom Balkan
 - Bush-Administration als Vermittler in Türkei-Frage
- Unterstützung für stärkere Rolle ambivalent:
 - Ressourcenschonung versus Autonomieverlust (Folien: Zusammenarbeit Balkan)
 - Höheres Vertrauen in unilaterales US-Vorgehen
=> Schwächung der NATO

Figure 8: Development Assistance Totaling \$36.4 Billion Disbursed to Central and Eastern Europe, 1990-1999

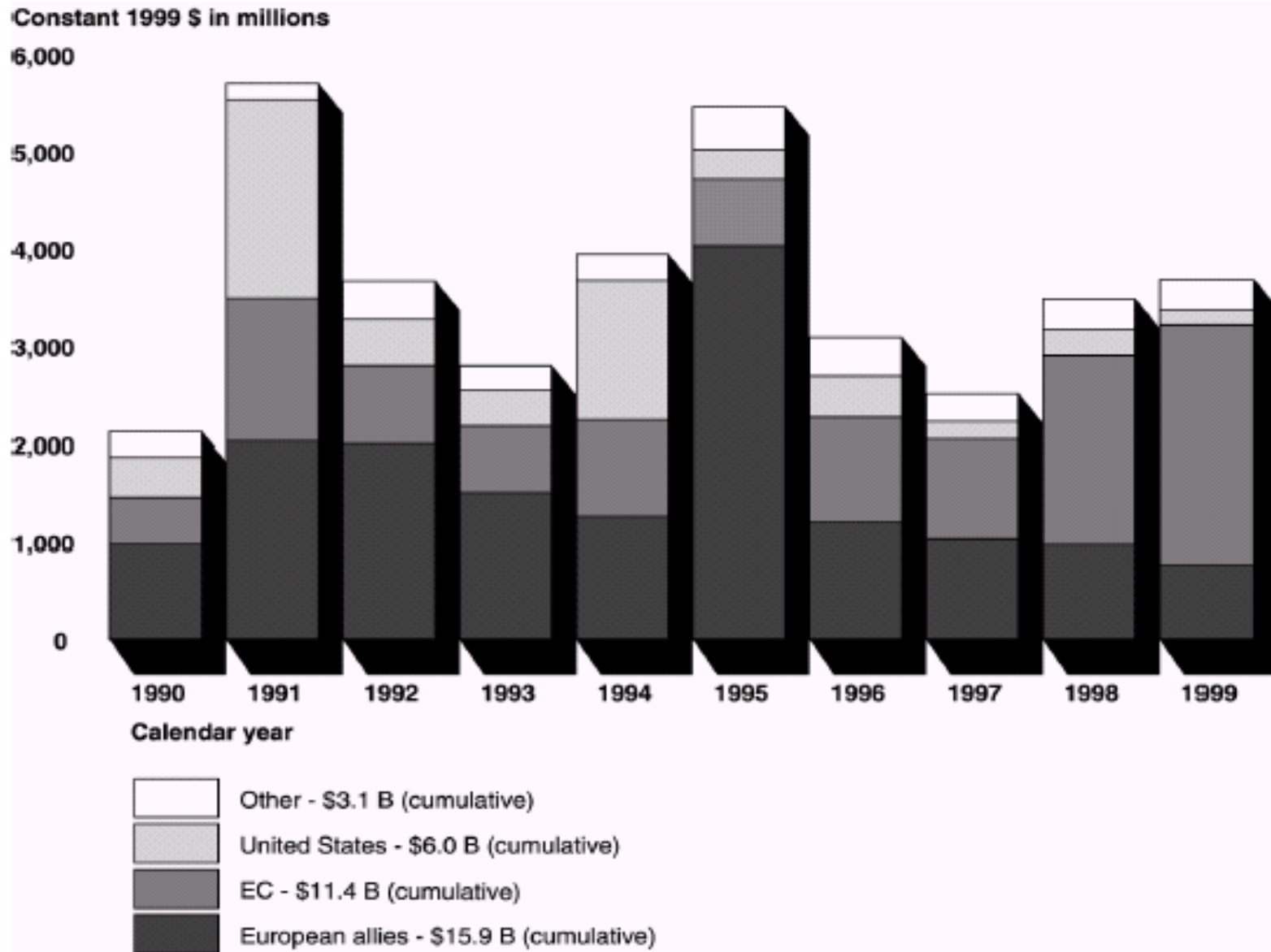
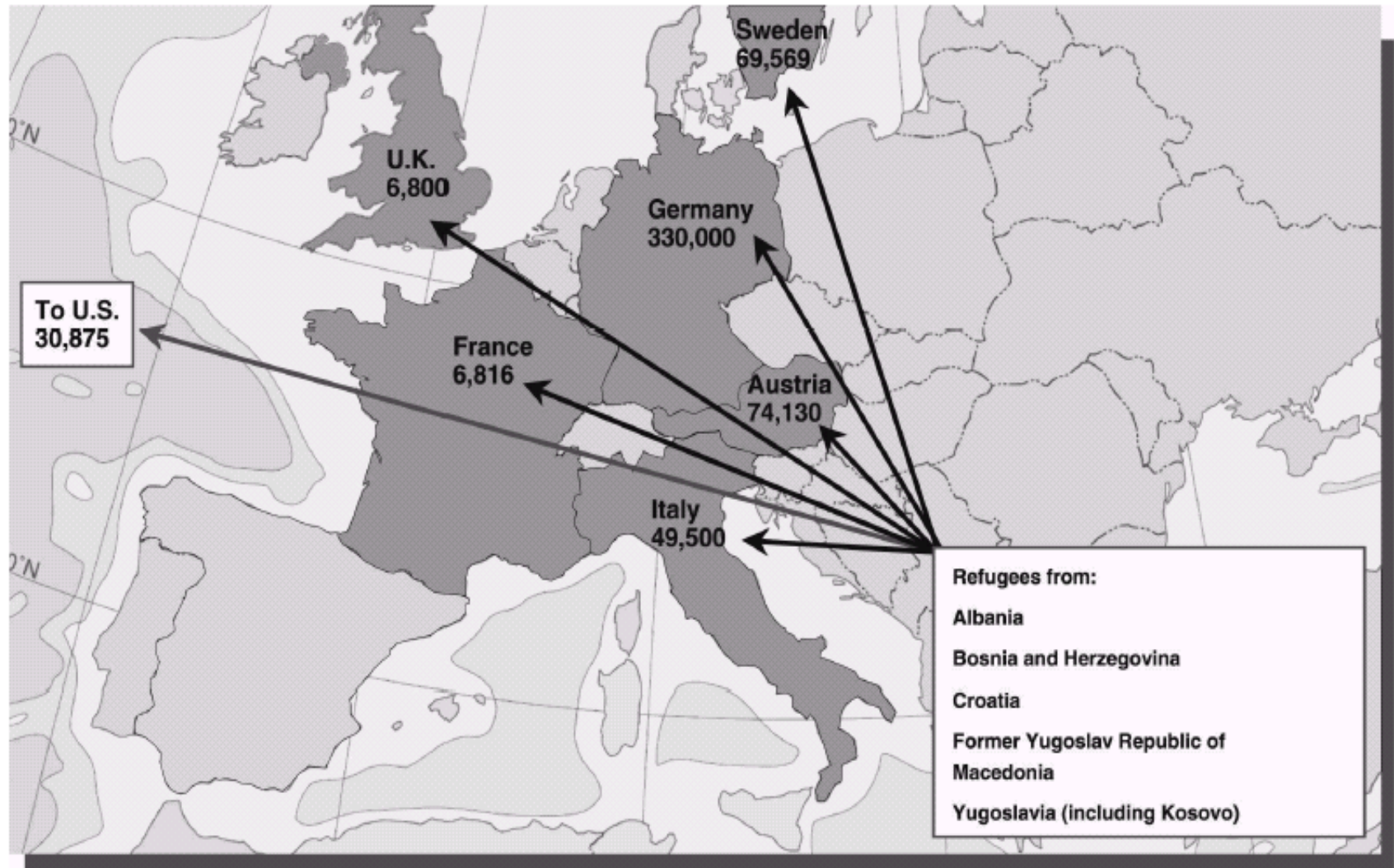
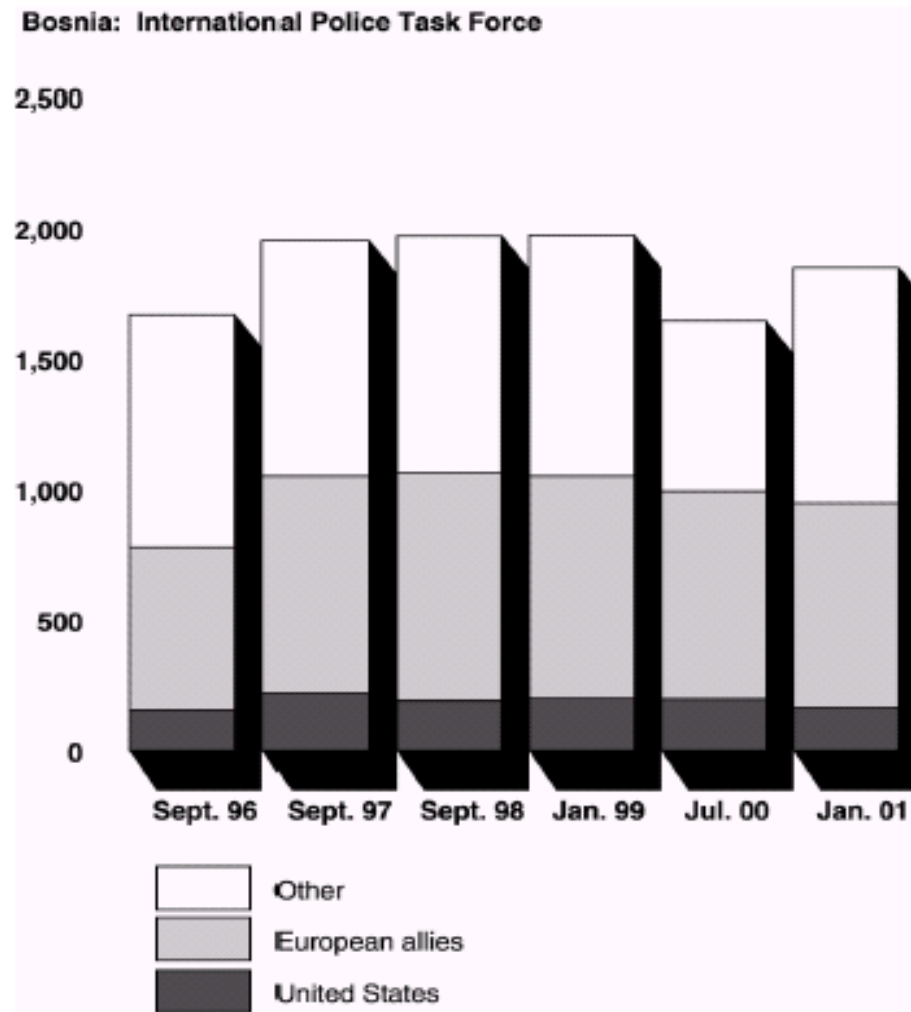


Figure 14: Balkans Refugee Migration to Europe and the United States, 1996



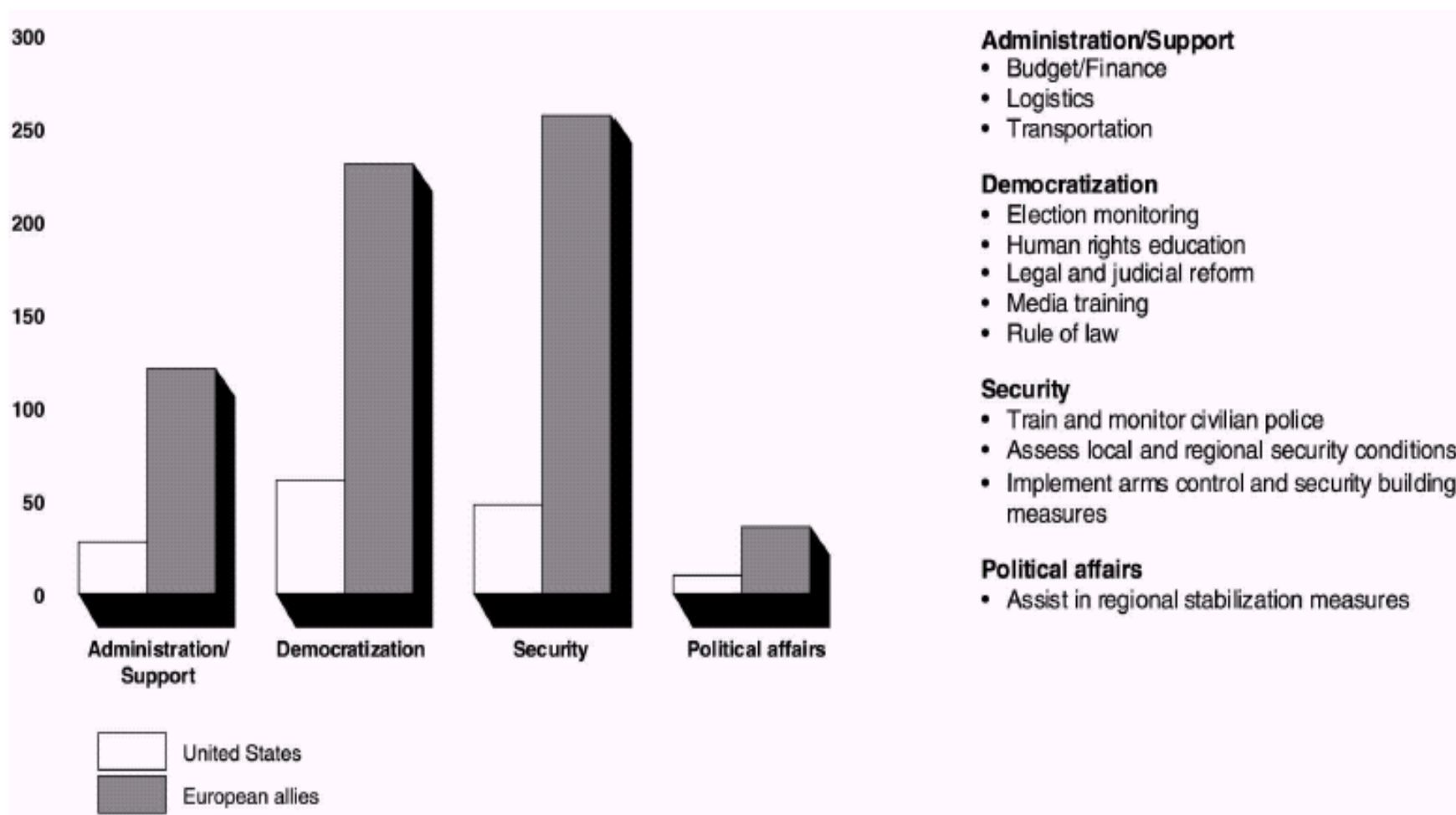
Sources: U.N. High Commissioner for Refugees and U.S. Department of State.

Figure 15: Donor Contributions of Civilian Police to Bosnia



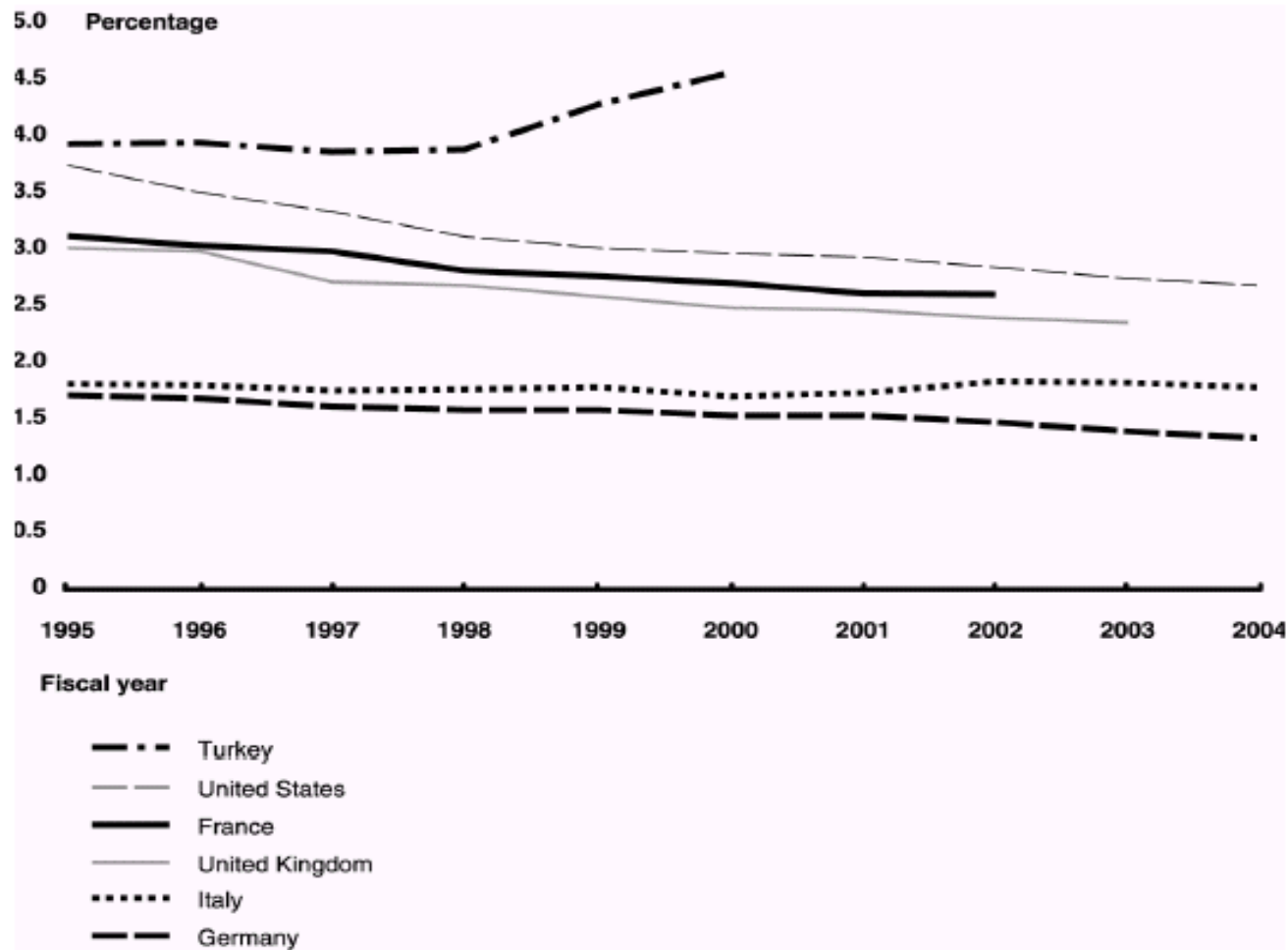
Source: U.N.

Figure 17: Personnel Provided to OSCE and EU Monitoring Mission



Sources: U.S. Missions to the OSCE and EU.

Figure 19: Projected Defense Spending as a Percentage of GDP for Selected European Countries and the United States, 1995-2004

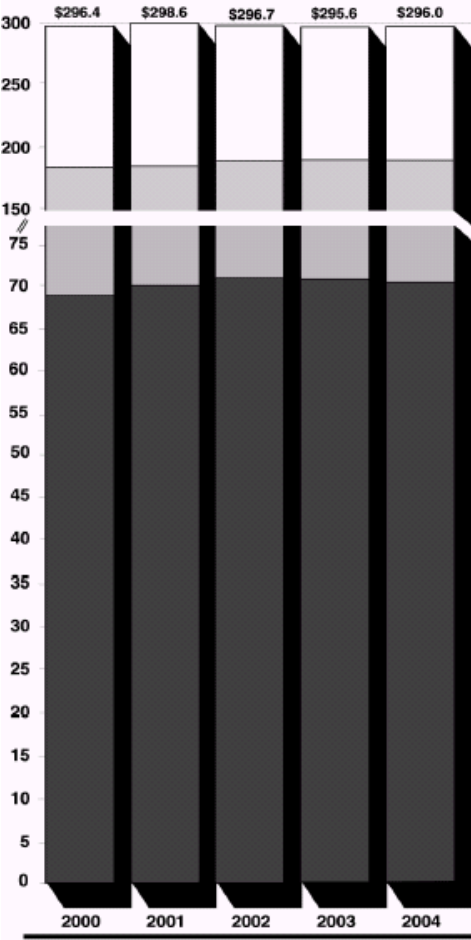


Note: Turkey did not provide defense budget projections and France did not provide projections beyond 2002.

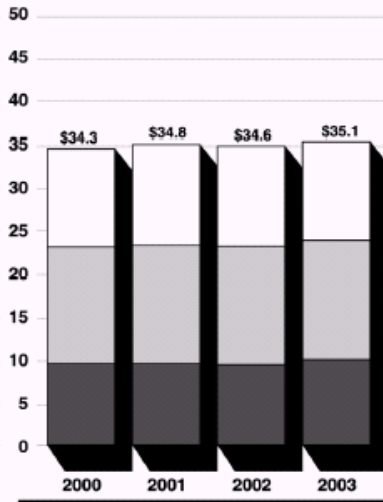
Source: GAO analysis of data from NATO, National Ministries of Defense, and DRI-WEFA, a subsidiary of Global Insights, Inc. (Waltham, MA).

Figure 21: Projected Trends in Defense Spending for Germany, Italy, the United Kingdom, and the United States, 2000-2004

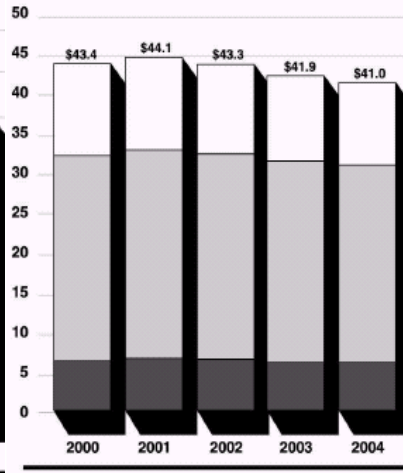
Constant 2000 \$ in billions



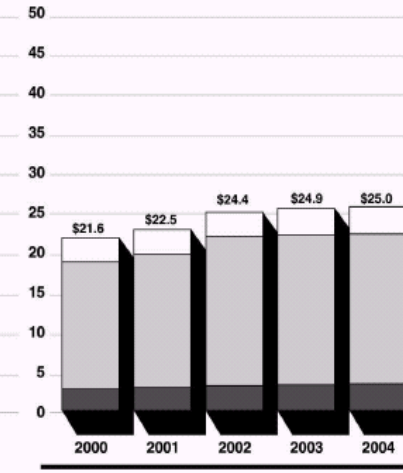
United States



United Kingdom



Germany



Italy

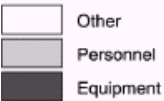
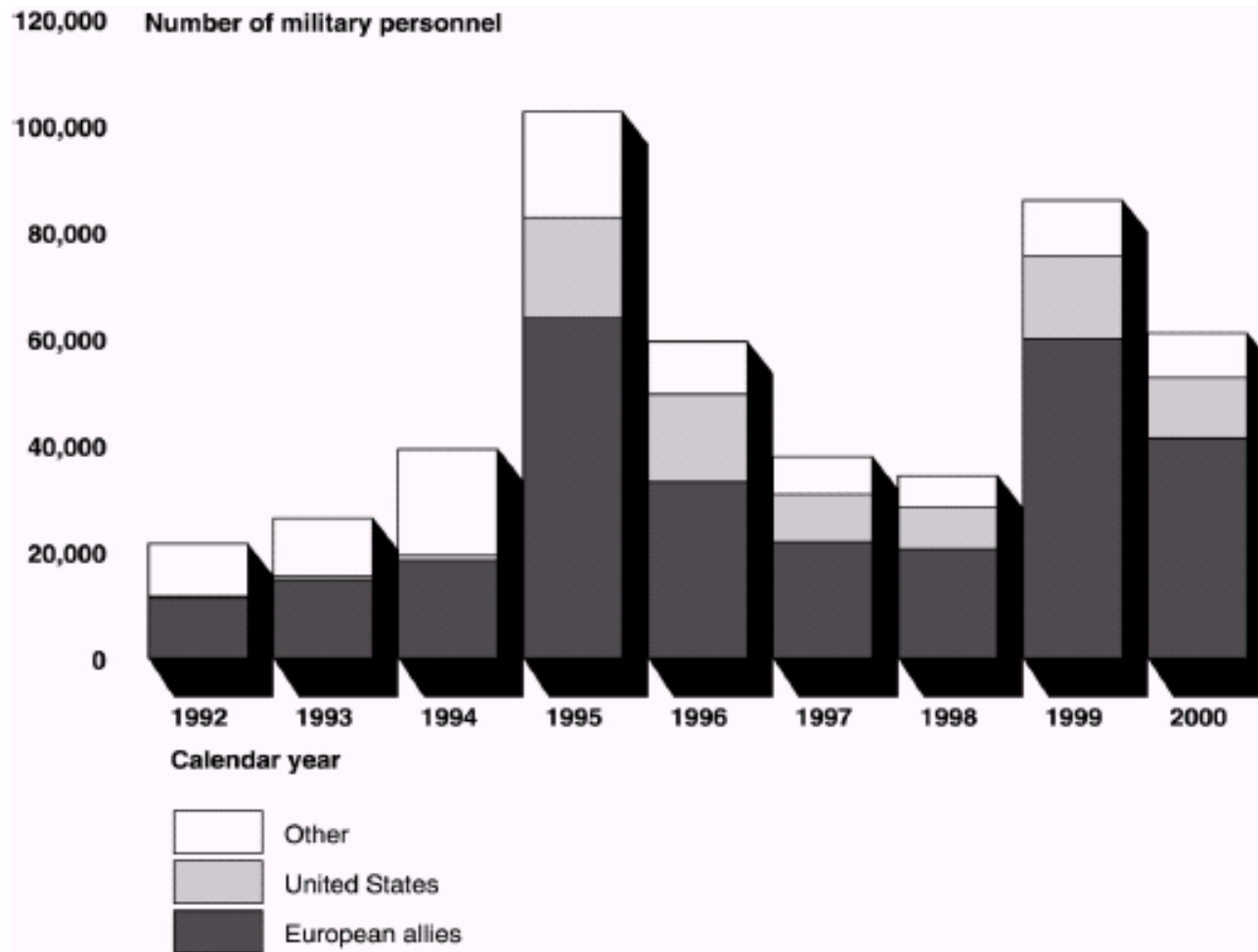


Figure 12: Troops Supporting Peacekeeping Operations in the Balkans, 1992-2000



Note 1: The Czech Republic, Hungary, and Poland are included as "other" for 1992-1998, and as "European allies" for 1999 and 2000.

Note 2: Troop numbers reflect snapshots at various times during the stated year.

Sources: U.N. and NATO.

Die Erwartungen wichtiger Partnerstaaten/Regionen (USA, Mittelost-Europa; Rußland, NMO)

- **Mittelost-Europa:**
 - Beitrittskandidaten: positiv, aber im Falle eines Beitritts eher skeptisch gegenüber Autonomieverlusten; pro-atlantisch
 - Südosteuropa: starke Hoffnungen in Wohlstandsgewinne versus Skepsis bei subregionaler Integration
- **Russland:**
 - Deutlich positivere Haltung gegenüber EU-Integration: Skepsis bei Forderungen nach mehr Demokratie und Menschenrechten
 - Instrumentelles Verständnis als Partner gegenüber US-Unilateralismus: Raketenabwehr
- **Naher- und Mittlerer Osten:**
 - Sonderrolle der Türkei
 - Ambivalente Anforderungen durch Arabische Staaten und Israel

Ausblick I: Die GESVP in der Analyse

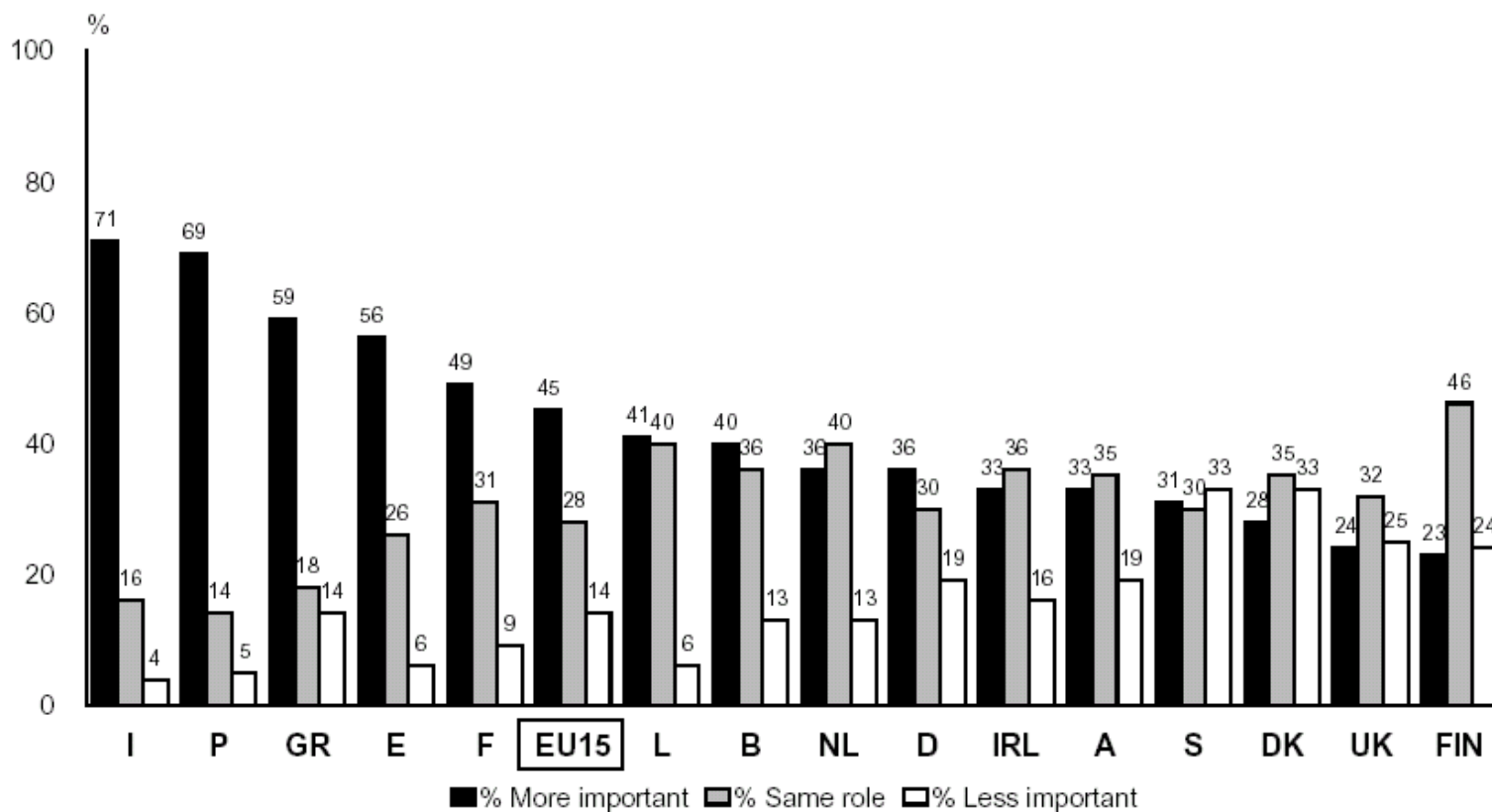
Probleme

- Fortbestehendes Akteursproblem in Europäischer Außenpolitik
 - EG-Gemeinschaftspolitiken
 - EU-GESVP
 - Nationale Außenpolitiken
- Kohärenzproblem durch Institutionelle Rivalitäten (Solana vs. Patten)
- Europäisierungstendenzen in Mitgliedsstaaten recht unterschiedlich
 - Wandel der Haltung der Neutralen seit 1995; Finnland, Schweden, Irland, Österreich

Bewertung

- Erfolge:
 - Wichtige Rolle bei Befriedung Kosovo
 - Abwendung einer Eskalation in Mazedonien
 - Positive Funktion im Nahost-Konflikt
- Mißerfolge:
 - Keine einheitliche Position gegenüber US-BMD-Plänen
 - Gemischte Ergebnisse des Stabilitätspaktes
 - Überforderung im Falle des Irak?

The desired role of the EU in people's daily life in 5 years



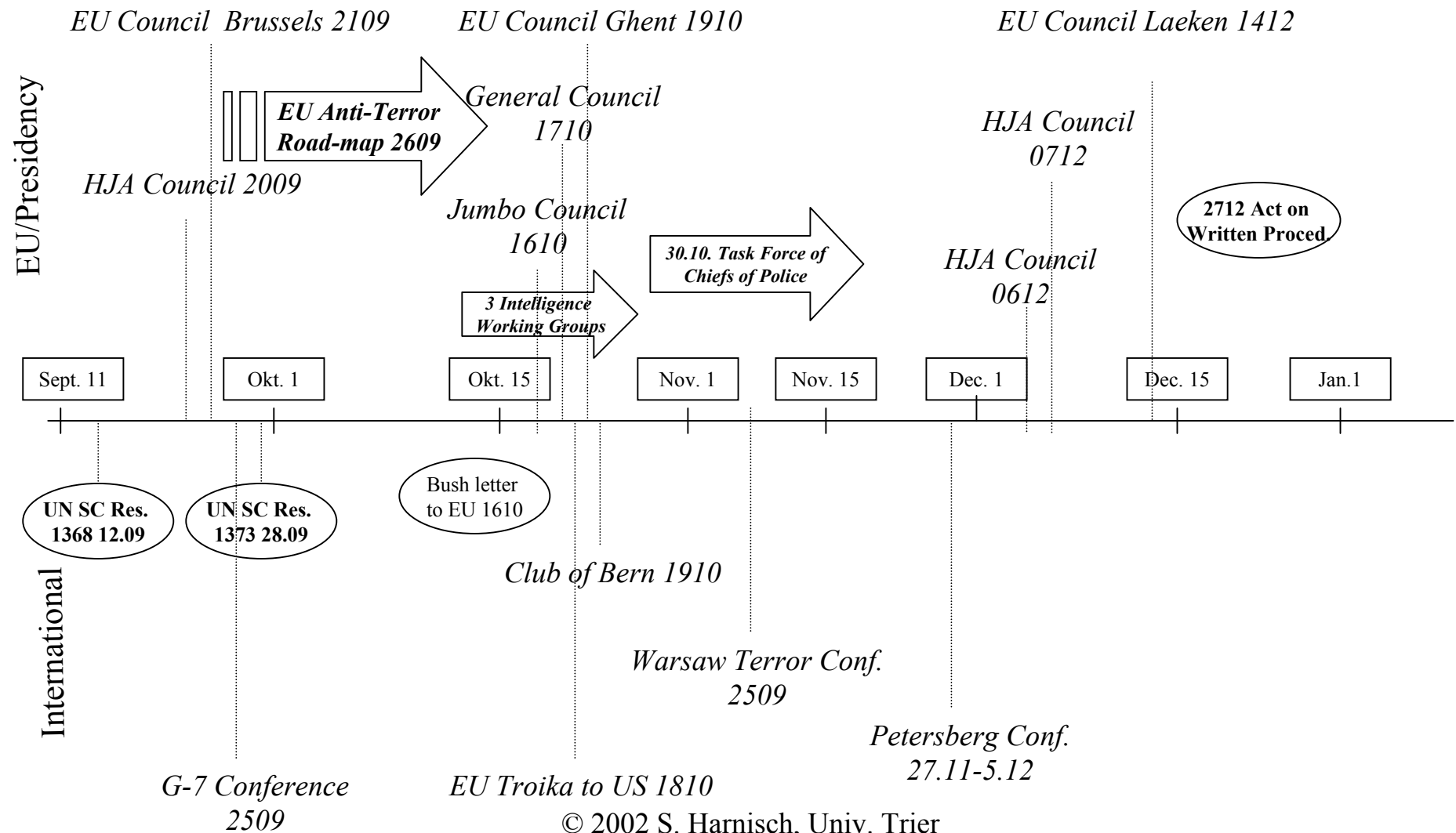
Source: Survey no. 54.1 - Fieldwork Nov - Dec 2000
Standard Eurobarometer 54 - Fig. 4.9b

Percentage "don't know" not shown

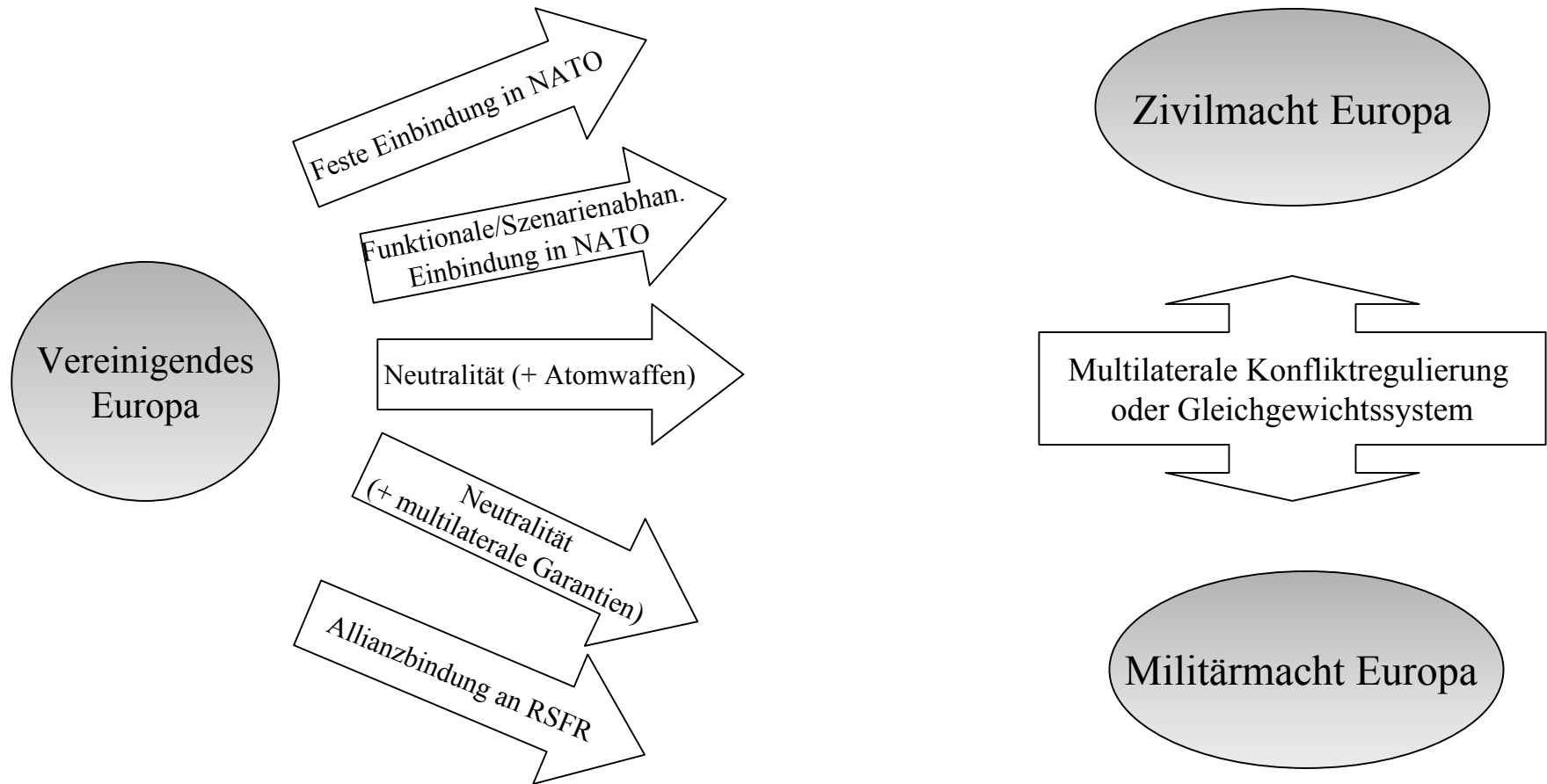
Ausblick II: Post-September 11

- Kurzfristige Auswirkungen:
 - Nach belgischem Vorstoß für europäische Afghanistan-Truppe vorsichtiges Herantasten
 - US-Politik des á la carte Multilateralismus
 - Starke Dynamik im Grenzbereich innere- und äußere Sicherheits
- Mittel- und langfristige Auswirkungen:
 - US-Verteidigungskonzeption wird in vielen Regionen (Asien, NMO) skeptisch gesehen; Europa als „Balancer“ instrumentalisiert?
 - Wirtschaftliche Entwicklung hemmt effektive europäische Rüstungskooperation, so dass Rationalisierungseffekte gering ausfallen
 - Erfolgreiche Missionen in Mazedonien und Bosnien können zu stetigem GESVP-Wachstum in bestimmten Konfliktbereichen führen

European and National Measures Taken Due to 9-11 Attacks



Sicherheitspolitische Entwicklungspfade eines Vereinigten Europas



www.sebastian-harnisch.de

Dr. Sebastian Harnisch
FB III/Politikwissenschaft
Universität Trier